

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 465

Mittwoch, 28. Juli 2010

16. Jahrgang

Die Laguna del Tigre und ihre Erdölschätze Verlängerung des Erdölabbauvertrages mit der französischen Firma Perenco

Luis Solano analysierte im Enfoque 6 des El Observador vom 30. April 2010 die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Erdölabbaus im Nationalpark Laguna del Tigre sowie die verschiedenen Interessen, die im Spiel sind. Anlass dazu ist der auslaufende Vertrag mit dem französischen Erdölunternehmen Perenco, das in der Laguna del Tigre den grössten Förderbetrieb Guatemalas, die Ölfelder Xan, betreibt. Nun hat Präsident Alvaro Colom der Vertragsverlängerung zugestimmt. Ob dies legal ist, darüber streiten sich Fachleute und UmweltschützerInnen.

Die aktuelle Situation

Seit Beginn des Jahres 2010 steht der Erdölabbauvertrag 2-85 betreffend die Ölförderstation Xan im Nationalpark Laguna del Tigre in der Gemeinde San Andrés, Petén, im Mittelpunkt verschiedener Interessensparteien, da es gilt, über dessen Verlängerung zu entscheiden. Schiedsrichter ist in diesem Fall die Regierung, d.h. Präsident Alvaro Colom, welcher von verschiedenen Seiten „beraten“ wird. So präsentierte das Generalsekretariat der Präsidentschaft (SGP) Colom einen Bericht, der seinerseits von der Generalprokurator der Nation (PGN), vom Ministerium für Umwelt und Naturrohstoffvorkommen (MARN) und vom Nationalrat für Umweltschutzgebiete (CONAP) kommentiert wurde.

Zwischen dem Energie- und Bergbauministerium (MEM) und der französischen Firma Perenco Guatemala Limited wurde bereits am 4. Februar 2010 eine Verlängerung unterschrieben, welche bis zum 13. August vom Präsidenten abgesegnet werden musste. Am 23. Juli 2010 tat Álvaro Colom dies und entschied somit, dass der Vertrag mit Perenco um 15 Jahre verlängert wird. Dies geschah trotz Einwände von MARN und CONAP und trotz des Angebots des deutschen Bundestags, die fehlenden Einnahmen auszugleichen, die entstanden wären, wenn der Erdölabbau nächsten Monat sein Ende gefunden hätte. Ausserdem hätte sich Deutschland dazu verpflichtet, den Artenschutz und die soziale Entwicklung in dem Naturschutzgebiet zu fördern. Auf den betreffenden Ölfeldern werden täglich 13'000 Tonnen Rohöl gefördert, was 94% der Gesamtproduktion Guatemalas ausmacht.

Nebenbei gab Colom am Morgen des 23. Julis zwei Naturschutzprogramme (*Mi bosque produce* und *Mi bosque progresa*) bekannt sowie die Information, dass ein Militärstützpunkt in der Nationalpark Laguna del Tigre errichtet wird, um das Gebiet zu schützen.

Der Vertrag 2-85 über die Ölförderstation Xan wurde am 13. August 1985 zwischen dem MEM und der spanischen Hispanoil und Basic Petroleum International Limited unterzeichnet. Ein Jahr später zog sich Hispanoil aus dem Land zurück und machte damit Basic zum Hauptunternehmer. (Ausgiebige Informationen darüber in ¡Fijáte! 231 aus dem Jahr 2001.) Im Jahr 2002 kaufte Perenco Basic und seine Verträge auf und infolgedessen auch das Erdölprojekt im PNLT.

Die Gesetzeslage

Am 18. November 2008 wurde das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung der Nation (FONPETROL) verabschiedet. Zweck von FONPETROL ist eine Regelung über die Verteilung des staatlichen Gewinnanteils an die Departementalen Entwicklungsräte (COCODES), an Umweltprojekte etc. Es enthält aber auch zwei sehr umstrittene Artikel. Der Artikel 10 setzt alle existierenden Gesetze ausser Kraft, wenn sie FONPETROL widersprechen, z. B. das Gesetz über Naturschutzgebiete, aber auch internationale Abkommen zum Schutz der Natur, die Guatemala unterzeichnet hat. Und Artikel 8 beinhaltet die Verlängerung von Erdölverträgen um 15 Jahre, wenn dabei wirtschaftlicher Nutzen für den Staat entsteht. Der Annahme des FONPETROL-Gesetzes gingen politische Ränkespiele im Kongress sowie die Revision eines Artikels des Erdöl- und Erdgasförderungsgesetzes voraus, so dass vermutet werden muss, dass FONPETROL mit dem Hauptziel geschaffen wurde, die Weiterführung der Verträge von Perenco zu begünstigen.

Der neue Vertrag

Das MEM und *Perenco* argumentieren hauptsächlich damit, dass die Vertragsverlängerung den Staat begünstigen werde. Da aber gleichzeitig die Produktion aus den vorhandenen Erdölquellen zurückgeht, sind fünf neue Quellen vorgesehen und die Aufarbeitung von sechs schon existierenden. Tatsache ist, dass die jährliche Produktion sinkt. Vor allem ab 2009 sanken die Staatseinnahmen an diesem Projekt, was auch mit den gesunkenen Erdölpreisen im Zusammenhang steht.

Desgleichen wurden von den Ölfeldern Xan im Zeitraum 2002 bis 2009 Erdöl im Wert von etwa 1,7 Milliarden US\$ in die USA exportiert – Einnahmen, die aber nur von *Perenco* beansprucht wurden. Das bedeutet, dass der Hauptanteil an den Einnahmen nicht dem Staat zugute kommt, was der Verfassung widerspricht, laut der Erdöl Staatseigentum ist.

Auch enthält der Vertrag eine Klausel bezüglich der Gewinnbeteiligung des Staates, die nicht gerechtfertigt ist. Die Gewinne des Staates sind vom Erdölpreis abhängig. Wenn das Petroleum zwischen 85 und 110 US\$ pro Barrel (etwa 159 Liter) wert ist, zahlt *Perenco* 1% mehr Gewinnbeteiligung an den Staat; 2% wenn der Preis zwischen 110 und 150 US\$ liegt und 3,5%, wenn er über 150 US\$ steigt. Allerdings ist der Preis in den letzten fünf Jahren nicht über die 70US\$ pro Barrel hinausgekommen. Des Weiteren ist die Gewinnbeteiligung des Staates von der Fördermenge abhängig. Im Moment zahlt *Perenco* 35% Gewinnbeteiligung, da die Produktion unter 20.000 Barrel täglich liegt.

Alles zusammen betrachtet, ist eine Vertragsverlängerung mit *Perenco* nicht unbedingt eine Investition, die den Staat wirtschaftlich begünstigt. Auch geht aus technischen Studien vom MEM hervor, dass die Ölreserven schrumpfen und damit die Produktion zwangsläufig zurückgehen wird, gemäss Angaben des MEM von 3,3 Millionen Tonnen 2010 auf schätzungsweise 1,4 Millionen Tonnen im Jahr 2015.

Die BefürworterInnen

Das MEM, die Firma *Perenco*, der UnternehmerInnenverband CACIF, die *Stiftung für Entwicklung* (FUNDESA) und einige KolumnenschreiberInnen der Zeitschriften *Siglo Veintiuno* und *el Periódico* unterstreichen den wirtschaftlichen Aspekt des Vertrages und bezeichnen die „Invasionen“ von DorfbewohnerInnen, deren Land- und Viehwirtschaft sowie Waldbrände als Hauptgrund für die Zerstörung des Naturparks *Laguna del Tigre*. Die Ansiedlung von Gemeinden im Rahmen der Installation der Erdölfabrik wurde in den 90er Jahren als eine Strategie von *Basic* aufgezeigt, die dazu diente, ihre Aktivitäten in dem Gebiet weiterzuführen und auszubauen. Heute werden die Ansiedlungen als Sündenbock für die Verschmutzung des *Laguna del Tigre* genutzt, und zwar von eben denen, die den Vertrag verlängern wollen und ohne dabei die Verantwortung anzuerkennen, die sie in diesem Ansiedlungsprozess tragen. Die heutige Strategie ist Bedrohungen von und Druck auf die Gemeinden und auf soziale AnführerInnen, die sich gegen eine Vertragsverlängerung aussprechen.

Auch Präsident Colom hat ähnliche Argumente bei verschiedenen Anlässen benutzt. Da der Zustand der *Laguna del Tigre* eh schon schlecht sei, könne der Erdölabbau ja auch weitergehen und sogar noch ausgebaut werden, und zwar in Gebieten, die gemäss der Umweltgesetzgebung nicht nutzbar seien.

Die GeegnerInnen

Klar äusserten sich gegen eine Verlängerung des Vertrages der CONAP und das MARN sowie die Umweltorganisationen und geben u. a. folgende Gründe an:

- Das Gesetz FONPRETOL verstösst gegen die Verfassung, besonders gegen das Nichtrückwirkungsprinzip. Verträge könnten zwar verlängert werden, aber diese müssten nach dem Inkrafttreten von FONPETROL unterschrieben worden sein. Im Fall von 2-85 und den Ölfeldern Xan bedeutet dies, dass eine neue Ausschreibung vorgenommen und ein neuer Vertrag unterschrieben werden müsste, was aber die Umweltgesetze nicht zulassen, da Erdöl in der *Laguna del Tigre* nicht abgebaut werden darf. Mit FENPETROL wurde hier eine Möglichkeit geschaffen, die nationale Gesetzgebung zu umgehen.
- Die *Laguna del Tigre* ist eines der wichtigsten Wasserreservoirs Guatemalas. Es besitzt unzählige Flüsse und Lagunen, die netzartig miteinander verbunden sind. Da es ein Gebiet beschränkter Zugangs ist, existieren dort noch immer vom Aussterben bedrohte Tierarten. Guatemala hat die Ramsar Konvention ratifiziert, ein internationales Abkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel. Die *Laguna del Tigre* gehört zu den sieben guatemalteckischen Gebieten, die von der Konvention registriert wurden.
- Die Freihandelsabkommen mit den USA (DR-CAFTA) sagen aus, dass es unzulässig ist, den Handel auszubauen, wenn dabei staatlich anerkannte Naturschutzgebieten zu Schaden kommen.

Am 7. Juli 2010 wurde laut *Prensa Libre* Anzeige gegen den Ex-Exekutivsekretär der CONAP Sergio Enrique Véliz Rizzo gestellt. Dieser hat angeblich eine Studie über die *Laguna del Tigre* aus dem Jahr 2007 verfälscht und so dargestellt, dass der Erdölabbau nicht als Bedrohung für die Biosphäre Maya gesehen werden konnte, obwohl zwei Jahre Feldforschung genau diese Schlussfolgerung zogen. Gemäss der ursprünglichen Aussagen der Studie sind die Folgen des Erdölabbaus Umweltverschmutzung, Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten, Abholzung. Der Vertrag mit *Perenco* umfasst insgesamt 9,9 Hektaren, von denen sich ein Drittel im *Biotop Laguna del Tigre-Río Escondido* befindet, der Kernzone der *Laguna del Tigre*. Ebenso liegt ein Drittel der

Erdölquellen in dieser Zone. Die neuen Quellen sollen ebenfalls im Biotop gebohrt werden, was per Gesetz komplett illegal ist. Wenn diese Quellen aber nicht geschaffen werden, kann man davon ausgehen, dass die angeblich wirtschaftlich rentable Produktion für den Staat doch nicht so gewinnbringend sein wird. Auch muss man die Kosten betrachten, die entstehen, um verursachte Umweltschäden zu beheben. Die Vertragsverlängerung wäre also wirtschaftlich gesehen ein Verlustgeschäft für Guatemala.

Das Dilemma der Regierung

Die Regierung befindet sich im Dilemma, ihren Energieplan zu erfüllen. Dieser sieht vor, 200.000 Tonnen Erdöl täglich bis zum Jahr 2022 abzubauen. Neben der *Laguna del Tigre* existieren 12 weitere Anfragen für Abbaukonzessionen, deren Autorisierungen notwendig sind, um das gesetzte Ziel zu erreichen. *Perenco* hatte allerdings schon gedroht, seine Investitionen abzuziehen, wenn die Regierung nun ‚Nein‘ zur Vertragsverlängerung gesagt hätte. Der Rückzug der Investitionen würde ebenso die anderen geplanten Projekte beeinflussen.

Des Weiteren steckt das Land in einer finanziell schwierigen Situation. Den Vertrag nicht zu verlängern, hätte bedeutet, eine Einkommensquelle zu schliessen. Auch politisch werden Folgen zu spüren sein. So musste Colom mit den Reaktionen verschiedener Personen rechnen, wie z. B. der Ex-Teilhaber von *Basic* aus den 90er Jahren, die 2001, als *Perenco* das Unternehmen übernahm, entlassen wurden. Diese stellten sich gegen eine Verlängerung in der Hoffnung, bei Nichtverlängerung dann ihrerseits mit eigenen Plänen zum Zuge zu kommen. So existieren z. B. Gerüchte, dass Mitglieder der Familie des Ex-Präsidenten Berger Teilhaber von *Basic* waren.

So gesehen war es wohl keine leichte Entscheidung für den Präsidenten – aber sicher eine gegen die Umwelt und den Umweltschutz.

Gerichtsbeschluss über mögliches Asylrecht von Guatemaltekinen in den USA

San Francisco, 12. Juli. Ein Entscheid des Bundesberufungsgerichts von San Francisco, USA, eröffnet für Tausende Guatemaltekinen die Möglichkeit, politisches Asyl in den USA zu beantragen. Begründet wird dies mit der hohen Rate an Frauenmorden in Guatemala. Weiter soll geprüft werden, ob alle Guatemaltekinen als Vertreterinnen einer „speziell verletzlichen sozialen Gruppe“ einen Anspruch auf Asyl gültig machen können.

Der Gerichtsbeschluss entschied gegen die Deportationsbeschlüsse von zwei Immigrationsgerichten und verlangt von ihnen, die Deportation von Lesly Yajayra Perdomo, die sich zur Zeit ohne gültige Papiere in den USA aufhält, noch einmal zu überdenken und Asyl als eine Lösung in Betracht zu ziehen. Perdomo beantragte im Jahr 2004 Asyl in den USA mit der Begründung, der guatemaltekeische Staats sei nicht in der Lage, seine Bürgerinnen vor Gewalt zu beschützen.

Gemäss Ana Gladys Ollas vom Menschenrechtsprokurat (PDH) und Giovanna Lemus von der *Guatemaltekeischen Frauengruppe* (GGM) ist häusliche Gewalt ein weit verbreiteter Migrationsgrund von Frauen. Wünschenswert wäre, wenn auch weitere Länder wie Spanien oder Costar Rica Gewalt gegen Frauen als Asylgrund anerkennen würden, so Ollas.

Ausserdem bat der demokratische Senator John Kerry am 18. Juli Präsident Barack Obama darum, guatemaltekeischen EinwanderInnen den „Status des Zeitweiligen Schutzes“ (TPS) zu gewähren. Der Senator begründet diese Bitte mit den Folgen des Sturmes Ágatha, dem Ausbruche des Vulkans Pacaya, der Zunahme von Gewalt durch die Ausbreitung von Banden und des Drogenhandels. Diesen Sonderstatus erhielten die BürgerInnen verschiedener zentralamerikanischer Länder z. B. nach Naturkatastrophen wie den Tropenstürmen Mitch im Jahr 1998 oder Stan 2005. Der TPS ist keine permanente Aufenthaltsbewilligung, sondern schützt die papierlosen MigrantInnen während einer gewissen Zeit vor der Deportation in ihr Herkunftsland.

Gold um jeden Preis – der Streit um die Goldmine Marlin eskaliert

Guatemala, 14. Juli. Am 7. Juli um 19.30 Uhr wurde Diodora Hernández in der Siedlung San José Nueva Esperanza des Dorfes Maquivil in der Gemeinde San Miguel Ixtahuacán von zwei ihr unbekanntem Männern überfallen. Die beiden Männer verlangten von ihr zuerst eine Unterkunft für die Nacht, die sie ihnen verwehrte, und baten sie dann um ein Glas Wasser. Als Diodora Hernández ihnen dieses überreichte, schossen sie ihr ins rechte Auge, wodurch sie viel Blut verlor. Sie wurde ins Krankenhaus nach Guatemala Stadt überführt, wo sie operiert wurde. Ihr Zustand ist stabil, auch wenn ihr Auge nicht mehr gerettet werden konnte.

Kurz vor Mitternacht, als die Personen, die Frau Hernández zu Hilfe geeilt waren, in ihre Gemeinde zurückkehrten, hörten sie Schüsse aus einer automatischen Waffe etwa 50 Meter von ihrer Häusern entfernt.

Diodora Hernández ist Teil der Widerstandsbewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit der Goldmine Marlin geschehen. Sie engagiert sich vor allem in ihrem Dorf, wo das Unternehmen weitere Explorationen plant. Die Bevölkerung befürchtet ähnliche Auswirkungen, wie sie bereits im Dorf San Miguel Ixtahuacán zu beobachten sind, so zum Beispiel die Verschmutzung des Wassers. Es ist nicht das erste Mal, dass Diodora Hernández wegen ihres Engagements bedroht wurde.

Am 14. Juli wurden auf das Haus einer Familie im Weiler Siete Platos, die sich gegen das Bergwerk engagiert, 20 Schüsse abgegeben und den BewohnerInnen mit dem Tod gedroht. Weitere Gewalttaten sind nicht auszuschliessen.

Eine spezielle Brisanz erhalten diese Vorfälle durch die Tatsache, dass am 20. Mai 2010 die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) eine einstweilige Verfügung zugunsten der von der Mine betroffenen 18 Maya-Gemeinschaften erlassen hat, die im Jahr 2007 eine Beschwerde bei der Kommission eingereicht hatten (siehe ¡Fijáte! 462). Am 23. Juni 2010 erklärte die Regierung Guatemalas, dass sie die von der CIDH erlassenen Massnahmen umsetzen werde. Jedoch hat der kanadische Konzern Goldcorp, Besitzerin der Mine, verkündet, dass er den Goldabbau in Marlin nicht stoppen werde. Seitdem sind einige Wochen vergangen, und die Umsetzung des Versprechens der Regierung steht noch aus. Am 21. Juli reichte die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eine Beschwerde gegen Präsident Alvaro Colom ein, mit der sie erreichen will, dass Colom von den Gerichten gezwungen wird, die Suspendierung der Minenaktivitäten durchzusetzen.

Der Überfall auf Diodora Hernández sowie alle eventuellen weiteren Gewaltakte, die in nächster Zeit geschehen sollten, müssen ganz klar im Kontext der Zuspitzung des Minenkonflikts gesehen werden.

Verschiedene Organisationen rufen auf, Briefe an die guatemaltekische Regierung zu schreiben mit der Bitte, den jüngsten Vorfall zu untersuchen und die Verantwortlichen der Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen. Im Schreiben soll die Regierung auch aufgefordert werden, die Aktivitäten im Bergwerk der Mine Marlin umgehend einstellen zu lassen. Eine deutsche Version der Eilaktion ist auf der Webseite von FIAN zu finden, die Aktion läuft bis Ende August:

http://www.fian.de/online/index.php?option=com_urgentactionsj&controller=urgentactionsingle&id=473&view=urgentactionsingle&Itemid=629

Gericht erklärt neun Angeklagte im Fall Rodrigo Rosenberg für schuldig

Guatemala, 16. Juli. 14 Monate nach der Ermordung von Anwalt Rodrigo Rosenberg gab es die ersten Verurteilungen. Insgesamt wurden neun Personen zu Haftstrafen von 8 bis 48 Jahren verurteilt.

Unter den Verurteilten befinden sich Lucas Santiago, der Rosenberg erschoss, Idelmo López und William Santos, verurteilt zu je 38 Jahren, José Ruano, verurteilt zu 48 Jahren wegen Mord und Verschwörung, sowie fünf weitere Personen, verurteilt zu je 8 Jahren wegen Verschwörung. Jesús Manuel Cardona Medina wurde ebenfalls verurteilt, erhielt jedoch mildernde Umstände, da er mit den Untersuchungsbehörden kooperiert hatte. Insgesamt hatte die RichterInnen 78 ZeugInnen angehört, 3345 Telefongespräche analysiert und die Videos der Sicherheitskameras am Tatort ausgewertet, die bewiesen, dass die Bande Rosenberg vor seiner Ermordung beobachtet hatte.

Gegen die Gebrüder Francisco und Estuardo Valdés Paiz wird zur Zeit noch wegen Komplizenschaft in dem Mord ermittelt. Die Untersuchungen dauern noch bis zum 22. September. Die Anhörung ist dann für Oktober 2010 geplant. Das gleiche gilt für Diego Moreno Botrán, der der Kollusion (Verdunkelung) angeklagt ist, da er verhindert hat, dass die Brüder Valdés Paiz sich der Justiz stellen. Seine Anhörung ist für Januar 2011 geplant.

Ebenfalls angeklagt im Zusammenhang mit dem Mord an Rosenberg sind Miguel Fuxet und Rodolfo Ibarra, weiterhin gesucht werden Nelson Wilfredo Santos und Marlon Orlando Barrientos.

MenschenrechtsverteidigerInnen unter Beschuss

Guatemala, 20. Juli. Der Halbjahresbericht 2010 der *Einheit zum Schutze von MenschenrechtsverteidigerInnen* (UDEFEQUA) systematisiert die Angriffe, die auf MenschenrechtsaktivistInnen verübt wurden, und analysiert, wie Widerstands- und Protestbewegungen sowie soziale Organisationen kriminalisiert werden.

Der erste Teil des Berichts zeigt auf, dass, verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Jahr 2009, die Angriffe um 396 Prozent angestiegen sind. Diese Aggressionen gehen von telefonischen Bedrohungen bis hin zu Verfolgung, Beobachtung, Einbruch, Vergewaltigung, Raub, Entführung, Verleumdung und Mord. All diese Fälle wurden angezeigt, aber in keiner der fünf Morde wurde bisher ein Täter oder eine Täterin festgenommen.

Am meisten angegriffen werden AktivistInnen, die die Rechte der Frauen verteidigen (100 Angriffe), gefolgt von Angriffen auf Personen, die für Entwicklung (35 Angriffe) und Umwelt (16 Angriffe) eintreten, sowie GewerkschaftlerInnen (13 Angriffe).

Im zweiten Teil des Dokumentes wird auf die Kriminalisierung von MenschenrechtsaktivistInnen eingegangen, die als Strategie genutzt wird, um die soziale Kontrolle zu wahren. „Heutzutage ist es nicht mehr die Regierung, die dieses Mittel direkt anwendet, wie zu Zeiten des Bürgerkrieges. Jetzt sind es vielmehr die nationalen und transnationalen Firmen, FincabesitzerInnen und PolitikerInnen, die dahinter stecken. Aber der Staat leistet Mithilfe an der Kriminalisierung von sozialen Bewegungen und oft ganzer Gemeinden (z.B. bei Landstreitigkeiten), da seine Institutionen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Richter) der ausführende Arm sind“, so der Bericht.

Ziel der Kriminalisierung ist es, soziale Bewegungen zu paralysieren und zu schwächen. Ausserdem trägt sie dazu bei, die Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen zu stigmatisieren und zu verleumden. Allerdings ist dies kein neues Phänomen, schon seit dem Sturz von Präsident Jacobo Árbenz wird diese Strategie genutzt, um AnführerInnen oder Organisationen rechtlich zu verfolgen, erinnert uns UDEFEGUA.

Der Bericht zeigt des weitern, wie geheime Gruppierungen und illegale Körperschaften in aller Straflosigkeit handeln und agieren, besonders wenn ihre Interessen bedroht werden.

Frankreich erbringt Beweise im Fall des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo

Guatemala, 22. Juli. Die französische Regierung überliess Guatemala Beweise gegen Ex-Präsident Portillo, welcher der Geldwäsche von 490.000 Euros angeklagt ist, die aus der Staatskasse stammen. Die Papiere dokumentieren mehr als acht verschiedene Banküberweisungen in Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und Liechtenstein, die während der Regierungszeit Portillos getätigt wurden und von US-amerikanischen Banken kamen. Die Unterlagen hätten den guatemalteckischen Gerichten als Beweismaterial dienen sollen, doch wurde die entsprechende Verhandlung bereits am ersten Tag abgebrochen, da es offenbar Übersetzungsprobleme gab und die Dokumentation nicht vollständig war. Portillo muss sich sowohl vor der guatemalteckischen Justiz verantworten wie auch vor der US-amerikanischen, die seine Auslieferung beantragt hatte, was ebenfalls in diesen Tagen gerichtlich abgesegnet wurde. Seitens Frankreich liegt noch kein Auslieferungsbegehren vor, doch besteht die Möglichkeit, dass Portillo in Frankreich in Abwesenheit verurteilt werden kann, so wie es 1999 im Fall des panamensischen Ex-Präsidenten Manuel Noriega geschah (er sass damals in den USA im Gefängnis). Unterdessen wurde Noriega an Frankreich ausgeliefert und am vergangenen 10. Juli zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt.

Überlebende, nicht Opfer

Bis 1996 war es kaum möglich für die Überlebenden, über ihre leidvollen Erfahrungen zu sprechen. Die Wahrheitskommissionen und verbunden mit ihnen die Exhumierungsprojekte der Fundacion de Antropologia Forense de Guatemala (FAFG) waren die ersten Möglichkeiten, vertrauenswürdigen Personen das Erleben zu schildern.

Die Exhumierungen dienten zunächst einmal der Identifizierung der Toten und der würdevollen Bestattung jener, die in einem schmutzigen Krieg starben. Sie sind ein beginnender Heilungsprozess für die Familien und Gemeinden. Sie sind auf nationaler Ebene eine Aufzeichnung über die Spezifika der Verstorbenen und die Arten ihrer Todes. Die Begleitung der Opfer im Kampf um die Anerkennung der begangenen Kriegsverbrechen ist ein zentrales Thema der Arbeit von ACOGUATE, dem Internationalen Begleitprojekt für Guatemala. Der folgende Bericht ist eine Übersetzung des Blogs des Guatemala Solidarity Networks UK, April 2010: „Ein Insiderblick auf Exhumierungen nahe Panzós“

In den Wäldern der Sierra de las Minas

Als Begleiter und internationaler Beobachter einer Exhumierung in den Bergen der Sierra de las Minas, Alta Verapaz, konnte ich ein wenig von der Notlage derer erfahren, die immer weiter versuchen, Frieden zu finden für ihre verstorbenen Familienangehörigen. Kurz vor dem 32. Gedenktags des furchtbaren Massakers von Panzós habe ich im April drei Wochen gemeinsam mit Überlebenden der *Comunidades de Poblacion in Resistencia* (CPR) in den Wäldern der Sierra de las Minas verbracht, die auf den Spuren ihrer Geschichte wandelten und auf der Suche nach ihren Kameraden waren. Es war nicht nur eine faszinierende persönliche Erfahrung, sondern auch eine informative Einführung in einige der grössten Herausforderungen, denen sich das Nachkriegs-Guatemala gegenübersteht.

Mariano

Mariano ist der Sohn eines der Verstorbenen und der Kopf einer Organisation, die Informationskampagnen im Gedenken an die Ermordeten macht. Er berichtet, dass die wachsende Gemeinde San Marcos 1982 bei den lokalen Autoritäten um ein Stück Land bat. Die Anfrage wurde mit Waffen und der Ermordung von zwei Gemeindeführern beantwortet, einer war Marianos Vater. Die Bevölkerung floh in die Wälder der Sierra de las Minas, in der Hoffnung, dort überleben zu können. Wie es der Politik der verbrannten Erde von Rios Montt entsprach, wurde die Ortschaft dem Erdboden gleich gemacht, und die geflüchtete Gemeinde, bestehend aus etwa 900 ZivilistInnen, wurde von bewaffneten Einheiten verfolgt. Als die Gemeinde nach sechs Jahren des nomadischen Überlebens zurückkehrte, waren noch rund 200 Personen übrig geblieben. Die Todesfälle waren das Ergebnis der harten Lebensbedingungen in den Bergen (Hunger, Krankheiten, Fehlernährung, gefährliche Tiere) – oder auch von Armeeeinfällen. Der Tod ist jedoch nur ein Teil des Leidens. 28 Jahre sind vergangen, seitdem diese Männer, Frauen und Kinder starben, aber viele Leichen verblieben in den Bergen der Sierra de las Minas. Exhumierungen in der Gemeinde San Marcos werden durchschnittlich alle sechs Monate durchgeführt, mit Hilfe der Gelder des *Nationalen Programms für Wiedergutmachung* (PNR), der von der USA gesponserten

FAFG und der psycho-sozialen Unterstützung von der *Equipe für Gemeindestudien und psychosoziale Arbeit* (ECAP).

Der lebensbedrohende Wald

Die letzte Expedition entdeckte etwa 28 Leichen. Unsere eigene Gruppe entdeckte nur zwei – ein Beispiel für die Schwierigkeiten und Unvorhersehbarkeiten des Prozesses. Nach zwei strengen Tagesmärschen konnte man sich vorstellen, wie die Flüchtlinge unter den harten Bedingungen des Waldes litten: giftige Pflanzen, gefährliche Tiere (Schlagen, Taranteln, Mosquitos, die Malaria übertragen, aber auch Raubtiere wie Pumas und Bären), drückende Hitze und Wassermangel. Dazu kommt der psychische Zustand und der konstante Terror der Armee. Unter diesen traumatischen Bedingungen haben Kinder ihre Eltern begraben. Zu den Schwierigkeiten der Exhumierung kommt, dass viele derer, die diese Gräber ausgehoben hatten, inzwischen selber verstorben sind. Oder ihre Erinnerung täuscht in diesem bedrohlichen Wald, der nach zwanzig Jahren ganz anders aussieht. Aber es gibt auch andere Hindernisse bei der Suche nach verstorbenen Verwandten: BäuerInnen können nicht so lange von ihren Feldern fortbleiben, gleichfalls vermindert mangelnde Ortskenntnis die Erfolgchancen. Die Abgelegenheit der Gebiete und die harten Märsche sind nicht nur für ältere Menschen anstrengend, sondern auch schmerzhaft für jene vitalen Gemeindemitglieder, die noch Erinnerung daran haben, wo die Leute lebten und starben. Die Gräber zu finden, erfordert oft sehr primitive Hilfsmittel. So wird etwa mit einem Stock im Boden herumgestochert, um leichtere, aufgewühlte Erde zu erspüren.

Geld für Skelette, nicht für Versöhnung und Heilung

Daneben gibt es weitere Probleme: Erosion und biologische Veränderungen führen dazu, dass nur wenig von den sterblichen Resten übrig bleibt, oft nur ein paar Stoffetzen. Wenn die Identifizierung zunächst nichts ergibt, müssen die Angehörigen sechs Monate warten, bis die DNA-Analyse die Person identifiziert. Erst dann kann eine traditionelle Maya-Beerdigung stattfinden. Schliesslich gibt es auch finanzielle Restriktionen für Organisationen wie die FAFG, sofern nicht genügend (verwertbare) Skelette gefunden werden. Das führt dazu, dass eine in dieser Hinsicht ergebnisorientierte Arbeit immer wichtiger wird – auf Kosten des Versöhnungsaspekts und der emotionalen Heilprozesse jener, die bei den Grabungen immer wieder von schmerzhaften Erinnerungen heimgesucht werden. (...)

Und die Kinder verstehen nicht ...

Es gibt auch eine störende Kluft zwischen den Bildungsinhalten von heute und der Realität von damals. In Ortschaften wie San Marcos ingorieren die Schulbücher die Gewalt der Vergangenheit. Wie mir einige Gemeindemitglieder erzählt haben, halten die Kinder die Geschichten, die die Älteren erzählen, für unglaubwürdig und werden oft nicht zur Kenntnis oder nicht angenommen, weil der Inhalt so entsetzlich ist. Ein schlechtes Omen für die Zukunft, und wenn man bedenkt, dass Guatemala die schlechtesten Bildungsstandards in ganz Lateinamerika hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich das in der nahen Zukunft verbessert.

Demütige Kraft

Trotz all dieser Herausforderungen, war die Stimmung in unseren Lagern mit den Überlebenden alles andere als uninspirierend. Der Ausdruck „Gute Miene zum bösen Spiel“ war nie angebracht, um die tiefen Reservekräfte dieser Menschen zu beschreiben. Ich glaube, dass ihre Maya-Kultur eine Ursache ist für diese Kraft und Bescheidenheit. Es wird oft gesagt, dass die Maya eine andere Beziehung zum Tod haben als andere Religionsangehörigen und dass daher das Gefühl, nicht zu wissen, wo sie sind bzw. ihnen keine würdige Beerdigung geben zu können, besonders schmerzvoll für sie sei. Das mag wahr sein, aber ich habe auch eine andere Beziehung zu den Lebenden bei ihnen entdeckt, ein demütiger Respekt füreinander. Die Stimmung war oft unbeschwert, manchmal jovial, auch während der Ausgrabungen. Manchmal auch leidvoll. Aber diese Gefühle hatten weniger mit der physischen Umgebung zu tun oder dem jeweiligen Augenblick als vielmehr mit den inneren Gefühlen des Einzelnen. Eigentlich konnte ich mir nur grossen Zorn und Rage vorstellen, den diese Menschen gegenüber ihren Unterdrückern, den Mördern ihrer geliebten Angehörigen oder gegenüber dem Staat empfinden müssten. Umso überraschter war ich, als auf die Frage „Welche Wünsche sollen sich durch diese Exhumierungen für Sie erfüllen?“ niemals von Vergeltung die Rede war. Die Überlebenden wünschten sich nur, ihre Familienangehörigen in Würde, nach ihren Traditionen zu begraben und zum Frieden zurückzukehren.

José

„Es war schwer für uns, von dort wegzugehen, denn da gehörten wir hin, da sind wir geboren worden, da hatten wir gelebt, da waren wir aufgewachsen. Wir wollten nicht von dort weggehen. Die Soldaten kamen immer wieder, jeden Tag, und wir merkten, dass die Lage immer schwieriger wurde. Wenn wir sahen, dass die Soldaten kamen, verliessen wir unsere Häuser, versteckten uns im Gebüsch, in den Schluchten, an den Flüssen, damit sie uns nicht entdeckten und töteten. Ganze Nächte verbrachten wir so, wir schliefen draussen, zwei oder drei Tage, wir ertrugen Hunger und Kälte, gemeinsam mit unseren Frauen, unseren Kindern, unseren Alten. Das war das Schlimmste, was wir in unserem Leben ertragen mussten, ohne Dach über dem Kopf, ohne Kleidung.“ Fall 5106 (Ermordung des Bruders), Panzós, Alta Verapaz, 1980.

Diese demütige Kraft wurde für mich durch einen jungen Mann namens José verkörpert: Er floh als Kind mit seiner Familie in den Wald. Sein jungenhaftes Auftreten liess mich glauben, er würde eher den Verwandten helfen, die ihre Angehörigen suchten, als seine eigenen. Dies wurde unterstützt durch seine kontaktfreudige, warmherzige Persönlichkeit. Erst zum Schluss meines Aufenthalts erfuhr ich, dass José im Alter von 12 Jahren seine Mutter und fünf seiner Brüder, die alle von der Armee getötet wurden, beerdigt hatte. Menschen wie José verdienen es unbedingt, nicht Opfer, sondern Überlebende genannt zu werden.

Anmerkung der Redaktion: In der nächsten Ausgabe gibt es einen ausführlichen Hintergrundartikel zum Massaker von Panzós.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-